Das feinste Aroma hat gerösteter
Karlsbader Kaffee!
Höchster Extractgehalt!
Max Thürmer, Dresden, Kaulbach-Strasse 18.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Havelocks für Herren u. Knaben
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

D.R. Patent. Thüre zu! Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. 70,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstr. 12, fr. 27.
(Fernsprechamt II, Nr. 2691.)

Gummischuhe
(Harburger, schottische und russische)
in grössten Sortimenten zu billigsten Fabrikpreisen.
Moritz Hartung, Altmarkt 13.

Alle technischen Waaren von
Gummi u. Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A.

„Zum Niederwald"
Weinhandlung und Weinstuben
Marienstrasse 26.
Meine Weine zeichnen sich durch Naturreinheit, Charakter und Preiswerthigkeit hervorragend aus. Herm. Naumann.

Bruchbandagen
bewährtester eigener Construktionen, selbst in den schwersten Fällen sichere Hilfe bietend, fertigt als Spezialität und legt sachverständig an unter Garantie besten Passens Bandagist und Orthopäd
M. H. Wendschuch sen.,
22b Marienstrasse 22b
(Ecke der Margarethenstrasse.)
Etablirt 1862. — Etablirt 1862.

Nr. 47. Spiegel: Gladstone's Homerule-Vorlage. Hofnachrichten, Gewerbeverein, Versammlung von Landwirthen, Streik in Brüx, Prozeß Balack, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. „Unter der Kriegsflagge", Dresdner Lehrergesangverein. | **Donnerstag, 16. Februar.**

Politisches.

Gladstone hat nun endlich das so lange sorgsam gehütete Geheimniß seines großen Homerule-Projektes enthüllt. Die Einbringung der Vorlage bildet ein epochemachendes Ereigniß in der Geschichte des großbritannischen Reiches. Die Bill ist von so einschneidender Bedeutung, daß ihre Annahme einen Wendepunkt in der Entwickelung Englands bezeichnen würde. Mit der Verleihung einer ausgedehnten Selbstverwaltung an das irische Volk würde der Jahrhunderte hindurch geführte erbitterte Kampf zwischen Albion und Erin zu Ende gehen. Auch äußerlich trat es deutlich zu Tage, daß überall die Empfindung herrschte, die neue Homerule-Bill sei die wichtigste Vorlage, welche seit Menschengedenken im Hause der Gemeinen eingebracht worden ist. Seit Monaten wurde mit fieberhafter Spannung dem Tage entgegengesehen, an welchem der nunmehr in seinem 84. Lebensjahre stehende Staatsmann das bedeutsame Reformwerk, welches er unauflöslich mit seinem Namen verknüpfen will, der Oeffentlichkeit übergeben und begründen würde. In den Straßen, welche vom Auswärtigen Amte nach dem Abgeordnetenhause führen, hatte die Polizei umfassende Maßregeln getroffen, damit der Premierminister auf der Fahrt zum Parlament nicht durch stürmische Kundgebungen seitens der Bevölkerung aufgehalten werde. Obwohl die Sitzung erst Nachmittags 3 Uhr eröffnet werden sollte, hatten sich die Volksvertreter bereits am Vormittag in großer Anzahl vor dem Parlamentshause eingefunden, um sich im Sitzungssaale einen Platz zu sichern, da eine ausreichende Anzahl von Sitzplätzen nicht vorhanden ist. Vor der Thür des Saales hatte sich eine lange Reihe von Abgeordneten aufgestellt, welche mit dem Schlage 12 Uhr, als die Thüren sich öffneten, in wirrem Durcheinander in den Saal stürzten. Bei dem Kampf um einen Platz kam es sogar zwischen zwei irischen Deputirten zu einer solennen Prügelscene. Einen solchen Andrang im Westminster-Palast hat man selten erlebt. Selbst vor sieben Jahren, als Gladstone seine erste Homerule-Bill einbrachte, war das Haus nicht so gut besetzt gewesen, wie diesmal. Als der „große alte Mann" den Saal betrat, wurde er von seinen Parteigenossen und den Iren mit wildem Jubel begrüßt und die begeisterten Ovationen wiederholten sich, als der in seiner geistigen und körperlichen Frische bewunderungswürdige Greis seine beinahe dreistündige Rede begann. Bezeichnend für den Charakter Gladstone's ist die Art und Weise, wie er sich am Tage vorher zu dem entscheidenden Akte vorbereitet hatte. Zwei Mal besuchte er das Gotteshaus und auch den übrigen Theil des Tages verbrachte er in beschaulicher Andacht. „Wie ein Priester sich vor dem Feste besonders reinigte", schreibt ein Gladstone'sches Blatt, „um rein vor den Altar treten zu können, so läuterte und weihte sich der Greis in doppelter Andacht zu dem Werke, mit dem er seine politische Laufbahn beschließen will." Der Schluß der Gladstone'schen Rede klingt in jenen sentimentalen Pathos aus, der dem großen Führer der Liberalen eigen ist. Im Sterbetone der Wehmuth, mit thränenden Augen, schloß er seine Ausführungen mit einem Appell an das Herz, an das Gefühl. „Ich beschwöre das Haus," rief er elegisch aus, „fast mit meinem letzten Athemzuge, mit der Vergangenheit zu brechen und Liebe, Eintracht und festes Zusammenhalten walten zu lassen."

In der Einleitung seiner Rede erörterte Gladstone die beiden Methoden, nach denen Irland regiert werden könne. Die eine ist die Selbstständigkeit, die andere der Zwang. Das Kabinet Salisbury, welches 1886 das Gladstone'sche ablöste, versuchte den Zwang. Die irische Politik Salisbury's ging von dem Grundsatze aus, daß man erst dem Gesetze in Irland Achtung verschaffen und dann der Beschwerde des irischen Volkes abhelfen solle. Das Reichsparlament beschloß strenge Ausnahmemaßregeln. Einer der irischen Abgeordneten nach dem anderen wurde gefaßt, vor Gericht gestellt und verurtheilt. Die Ruhestörungen auf der grünen Insel wurden seltener, die Zustände besserten sich. Die schwere Aufgabe, Irland zu befriedigen, ohne die Reichseinheit zu lockern, wurde freilich durch das Kabinet Salisbury nicht gelöst. Gladstone versucht nun die Lösung dieser Aufgabe auf entgegengesetztem Wege, indem er dem irischen Volke in der inneren Verwaltung so viel Selbstständigkeit verleihen will, als nach seiner Ansicht zu gewähren ist, ohne daß dadurch die Einheit des Reiches zerstört wird. Der Hauptpunkt der neuen Homerule-Vorlage betrifft die Errichtung einer in Dublin tagenden legislativen Körperschaft, der für alle ausschließlich irischen Angelegenheiten die Gesetzgebung übertragen werden soll, während dem Vicekönig, der auf 6 Jahre ernannt und der Absetzung durch die Krone unterworfen sein soll, die volle Executivgewalt zusteht. Der gesetzgebende Körper Irlands soll aus einem legislativen Rathe (Oberhaus) von 48 gewählten Mitgliedern und einer legislativen Versammlung (Unterhaus) von 103 gewählten Mitgliedern bestehen. In das Reichsparlament soll das irische Volk in Zukunft 80 Vertreter entsenden, die jedoch von der Abstimmung über Vorlagen, die ausdrücklich andere als den Reichszwecken dienende Angelegenheiten betreffen, ausgeschlossen sein sollen. Wenn die Homerulebill in ihrer jetzigen Fassung Gesetz werden sollte, so würde Irland etwa eine Stellung erlangen, wie sie die Einzelstaaten im Deutschen Reiche einnehmen. Ein Unterschied bestände darin, daß in Irland nicht eine eigene Dynastie regieren würde, sondern ein von der englischen Krone ernannter Vicekönig die Kronrechte wahrnehmen soll.

Ein heißer Kampf wird um das große Reformwerk Gladstone's entbrennen, von dessen Ausgang die Existenz des Kabinets abhängt. Eine starke, festgeschlossene Opposition steht der Homerule-Vorlage gegenüber. Die mit einander verbündeten Conservativen und liberalen Unionisten erblicken in ihr ein revolutionäres Beginnen, ein Rütteln an den Grundvesten der Reichseinheit. Die Mehrheit dagegen, auf Grund deren Gladstone an's Ruder gelangte, ist keine festgefügte, zuverlässige. Sie besteht gegenwärtig, nach einigen Wahlsiegen, die von den Gladstoneanern in letzter Zeit errungen worden sind, aus 42 Stimmen. Zieht man aber die Stimmen der irischen Abgeordneten ab, so bleibt die Regierung mit ungefähr 40 Stimmen in der Minderheit. In erster Linie kommt es also darauf an, ob die nationalistischen Abgeordneten Irlands für die Vorlage eintreten werden. Seit dem großen Parnellskandal ist die irische Nationalpartei gespalten. Die Antiparnelliten, der größere Theil der Iren im Unterhause, sind für die Vorlage. Der Abg. Sexton, der am Montag Namens der Antiparnelliten das Wort ergriff, erhob zwar im Einzelnen Einwendungen, bezeichnete aber im Allgemeinen den Gesetzentwurf als annehmbar. Auch die antiparnellitische Presse hat sich sehr günstig über die Vorlage ausgesprochen. Die Parnelliten jedoch halten mit ihrem endgiltigen Meinungsausdruck noch zurück und ihre Zustimmung bleibt um so fraglicher, als dieser extreme Flügel der irischen Partei durch die entschiedene Absage erbittert worden ist, mit welcher der Minister des Innern vor wenigen Tagen dem Antrage auf Amnestirung der irischen Dynamithelden entgegengetreten ist. Verlassen die Parnelliten die Fahne der Gladstone'schen Mehrheit, so sieht es mit dem Schicksal der Homerule-Vorlage schon recht bedenklich aus, da es nicht ausgeschlossen ist, daß selbst einige Gladstoneaner von ihrem Führer abfallen. Aber selbst wenn die Bill auch im Unterhause durchgehen sollte, so wird sie doch im Oberhause sicher verworfen werden. Damit würde allerdings die Vorlage noch nicht endgiltig beseitigt sein. Denn das Oberhaus hat gegenüber entgegengesetzten Beschlüssen des Hauses der Gemeinen wiederholt nachgegeben, besonders in der Erwägung, daß ein fortgesetzter Widerstand die Existenz des Oberhauses selbst gefährden könnte. Jedenfalls bleibt der Ausgang des Kampfes, der sich demnächst um die Bill entspinnen wird, unter den erwähnten Umständen völlig ungewiß.

Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Februar.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Präsident v. Levetzow darauf hin, daß der erste Titel des ersten zur Berathung stehenden größeren Spezialetats bereits 11 Sitzungen beansprucht habe. Wenn das so fort gehe, werde es nicht möglich sein, den Etats bis zum 1. April zu erledigen. Dann wird die Berathung des Etat des Innern fortgesetzt. Reichskanzler Graf Caprivi tritt der Behauptung des Grafen Kanitz entgegen, daß er der Landwirthschaft gegenüber eine unfreundliche Haltung eingenommen habe. Er habe in seiner Rede über die Handelsverträge die hohe Bedeutung und die Unentbehrlichkeit der Landwirthschaft im vollsten Maße anerkannt. Auch seine sonstige Haltung rechtfertige den erhobenen Vorwurf nicht. Er sei es gewesen, der sich einer temporären Aufhebung der Kornzölle widersetzt habe. Damit glaube er der Landwirthschaft einen Dienst erwiesen zu haben, denn mit einer solchen Aufhebung wäre ein bedenkliches Präjudiz geschaffen worden. Es sei doch auch von hohem Werthe für die Landwirthschaft, daß der jetzige Getreidezoll auf 12 Jahre festgelegt sei. Daß er damit keinen Dank ernten würde, habe er vorausgesehen. Ganz ungerechtfertigt sei nach alledem der Vorwurf, daß die Regierung die Notlage der Landwirthschaft verschuldet habe. Selbst bei den heutigen Getreidepreisen könne die Zollherabsetzung nur einen geringen Einfluß gehabt haben; das Sinken der Preise sei auf andere Ursachen zurückzuführen. Die Nothlage der Landwirthschaft sei die Folge universeller Verhältnisse, die mit kleinen Mitteln wie Gesetzgebung der Freizügigkeit, Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes, nicht aus der Welt zu schaffen seien, mit denen viel mehr gerechnet werden müsse. Wir haben es mit Naturgesetzen zu thun, die sich unserer Einwirkung entziehen; man möge deshalb vorsichtiger in Anklagen gegen die Regierung sein; die Regierung habe immer gleiches Recht und gleiches Maß geübt, auch für die Landwirthschaft. Die Landwirthschaft solle doch auch bedenken, daß die Getreidezölle eine Last für das Land seien. Anstatt von Opfern der Landwirthschaft, könne man eher von Opfern reden, die für die Landwirthschaft gebracht werden (Sehr richtig. Links), von Opfern freilich, die im allgemeinen Interesse gebracht werden müßten. — Abg. Graf Kanitz (kons.) dankt dem Reichskanzler für die Anerkennung der Gleichberechtigung der Landwirthschaft mit der Industrie; bei den vorjährigen Handelsvertragsverhandlungen seien jedenfalls die Vertreter der Landwirthschaft weniger gehört worden, als die der Industrie. In einer zeitweiligen Suspendirung der Getreidezölle habe er keine Gefahr sehen können. Er gebe zu, daß für das Sinken der Kornpreise um 100 Mk. die Zollherabsetzung von 1,50 Mk. nicht allein maßgebend gewesen sei, es hätten da andere Faktoren, so die Währung mitgespielt. Nicht anerkennen könne er, daß die Getreidezölle eine Last für das Land seien, sie kämen indirekt auch der Industrie zu Gute. (Sehr richtig. Rechts). Ohne eine konsumkräftige ländliche Bevölkerung könne die Industrie nicht bestehen. — Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.): Bei dem Abschluß der Verträge mit Oesterreich ꝛc. sei nicht genügend Fühlung mit den Interessenten genommen worden, bei dem Vertrage mit Rußland werde dieser Fehler wohl vermieden werden; nöthig sei genügende Vorbeugung gegen das Einschleppen von Viehseuchen. An den Getreidezöllen habe die gesammte Landwirthschaft, nicht blos der Großgrundbesitz Interesse. Durch diese Zölle sei einer großen sozialen Umwälzung vorgebeugt worden, aber sie waren zu hoch, daß die Gefahr einer Suspendirung nahe lag; nun seien sie ermäßigt, zugleich aber auch 12 Jahre gesichert. Selbst die englische Landwirthschaft erfahre Schutz und zwar durch die weitgehenden Viehsperren. Bei der Entvölkerung des platten Landes spiele die gesteigerte Vergnügungssucht eine Rolle (Sehr richtig. rechts); an der Freizügigkeit dürfe indeß nicht gerüttelt werden. Der Großgrundbesitz könnte der Entvölkerung des platten Landes vielleicht dadurch entgegenwirken, daß er den Arbeitern Gelegenheit zur Eigenthumserwerbung böte. — Abg. Dr. Baumbach (freis.) befürwortet den Abschluß des russischen Handelsvertrages im Interesse des Ostens und aus politischen Rücksichten. Wünschenswerth wäre es, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung darüber abgäbe, wie er sich zu dem Verlangen der Konservativen auf die Beschränkung der Freizügigkeit stelle. Die Freizügigkeit sei nationales Grundrecht, an dem nicht gerüttelt werden dürfe (Beifall links). — Graf Mirbach (kons.): Einflußlos sei die Zollherabsetzung auf das Sinken der Getreidepreise nicht, den Hauptausschlag gäben allerdings die Produktionsverhältnisse, die Valuta- und die Verkehrsverhältnisse. Die Landwirthschaft sei durch die Doppelbesteuerung und durch hohe Stempelsteuern belastet, bei Erbtheilungen werde sie durch das geltende Recht zur Verschuldung gezwungen. Stünde heute ein Staatsmann auf, der mit dem geltenden Erbrechte und Verschuldung rechne, so würde sich die Unzufriedenheit der Landwirthschaft in das Gegentheil kehren. Gegen das Prinzip der Freizügigkeit stürmten seine Freunde nicht an, sie wollten nur die Beseitigung der daraus entstandenen Mißstände. Auch um den Preis der Aufhebung des Identitätsnachweises könne er dem russischen Handelsvertrage nicht zustimmen (Beifall rechts). — Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Man dürfe die Schwierigkeiten nicht verkennen, welche die Auswahl von Sachverständigen zur Anhörung über die Handelsverträge habe. Daß mit den abgeschlossenen Handelsverträgen der Industrie gedient werde, ergebe ein Hinweis auf die Schweiz, wo uns ein Absatzgebiet von mehreren hundert Millionen Mark gesichert sei. Der Landwirthschaft sei mit den Verträgen kein besonderes Opfer auferlegt, da die 1½ Mk. Zollermäßigung bei den jetzigen Preisen nicht in Betracht kämen. — Reichskanzler Graf Caprivi weist die im preußischen Abgeordnetenhause gegen die deutschen Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen, namentlich gegen Geh. Rath Huber, erhobenen Angriffe zurück (Beifall links). — Abg. Schulz (Soz.) spricht gegen eine Beschränkung der Freizügigkeit, womit nur ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter geschaffen würde. Von Vergnügungssucht könne bei den ostpreußischen Arbeitern keine Rede sein. Von den Getreidezöllen hätten die ländlichen Arbeiter gar keinen Nutzen. — Abg. Rickert (freis.) befürwortet den russischen Handelsvertrag. Die Handelsvertragspolitik habe Preußen groß gemacht, während die Bismarck'sche Zollpolitik gar nichts genutzt habe, wie die Klagen der Landwirthschaft beweisen. — Staatssekretär v. Bötticher macht Mittheilung über die den mit den Handelsvertragsverhandlungen betraut gewesenen Beamten ertheilten Instruktionen, woraus sich ergiebt, daß ein einzelner Commissar einzelne Industriezweige gar nicht bevorzugen konnte, wie neulich im Abgeordnetenhause behauptet wurde. An der nöthigen Energie hätten es unsere Vertreter auch nicht fehlen lassen, wie folgender Zug beweise: Der ungarische Handelsminister sei bei seinen Forderungen für die ungarische Landwirthschaft auf den entschiedenen Widerstand unseres Commissars gestoßen und habe erregt ausgerufen: „Herr, Sie schnüren mir ja die Kehle zu!" Darauf habe der deutsche Commissar ruhig erwidert: „Dahin gehen meine Instruktionen!" (Heiterkeit). — Abg. Dr. Bamberger (freis.): Die Sozialdemokraten und die Agrarier wollten in der Tendenz dasselbe; die letzteren seien aber gefährlicher, weil sie Einfluß auf die Gesetzgebung hätten. Zufrieden würden die Agrarier nicht gestellt, auch wenn man ihnen Alles gewähre, was sie heute fordern. Wer den russischen Handelsvertrag in die Luft zu sprengen versuche, handle nicht im nationalen Interesse. Das Zustandekommen des Vertrages sei eine ganze Armee werth. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung der Petition des landwirthschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen gegen den russischen Handelsvertrag fort. Die Abgeordneten v. Dziembowski und Genossen beantragen, die Petition der Regierung zur Berichtigung dahin zu überweisen, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Rußland im Anschluß an die Erfahrungen, welche auf Grund der Wirkungen der Handelsverträge mit Oesterreich, Italien und der Schweiz gemacht worden sind, die Interessen von Landwirthschaft und Industrie ausgiebiger gewahrt werden. — Abg. v. Eynern und Genossen (nat.-lib.) beantragten für den Fall der Annahme dieses Antrages folgenden Zusatz: die Regierung aufzufordern, vor- und bei Abschluß der Handelsverträge mit den Sachverständigen und Interessenten der Landwirthschaft und Industrie sich in Verbindung zu setzen. Gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland sprachen von Konservativen: v. Kröcher, Frhr. v. Erffa-Wernburg und v. Minnigerode, von Freikonservativen: Dr. Arendt und v. Kardorff, vom Centrum v. Schalscha und Szmula und zwar mit Rücksicht auf die der Landwirthschaft daraus erwachsende Schädigung. — Abg. Dr. Enneccerus (nat.-lib.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Vertrage. — Abg. Dr. Meyer (freis.) erklärte, daß seine Freunde über den Antrag einfach zur Tagesordnung übergingen. — Ministerpräsident Graf Eulenburg wies darauf hin, daß die Verhandlungen mit Rußland noch schwebten und ein Eingreifen in diesem Stadium nicht angezeigt sei. — Handelsminister v. Berlepsch vertheidigt sowohl die bereits abgeschlossenen Handelsverträge, sowie die an dem Zustandekommen betheiligt gewesenen deutschen Unterhändler. Weiterberathung morgen.

Berlin. Die Commission des Reichstages für das Wuchergesetz hat ihre Sitzungen beendet und den konservativen Abgeordneten Dr. Giese zum Referenten bestellt. — Eine kurze Route zwischen London und dem Continent ist vor einigen Tagen zwischen dem Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen und englischen und niederländischen Eisenbahnvertretern hier vereinbart worden. Die Route soll von London nach Harwich, von da nach Hoek in Holland und dann nach Rotterdam gehen und den Weg von London nach Berlin um 2 Stunden abkürzen. — Die Antisemiten haben ihre ursprüngliche Absicht, Rektor Ahlwardt bei seiner Entlassung aus dem Gefängniß am 24. d. M. eine großartige Ovation zu bereiten, aufgegeben, weil sie fürchten, die Gegner könnten ihn durch laute Demonstration Verlegenheit bereiten; natürlich werden aber zahlreiche Versammlungen zu Ehren Ahlwardt's stattfinden.

* **Gelsenkirchen.** Der Redacteur der „Bergarbeiter-Ztg." Kuth wurde heute verhaftet.

* **Paris.** Das Schwurgericht verurtheilte heute den vormaligen Senator Leguay zu 5 Jahren Gefängniß und 3000 Frcs. Geldbuße und den Kassirer Prevost zu 3 Jahren Gefängniß und 1000 Frcs. Geldbuße wegen Unterschlagung zum Schaden der Dynamitgesellschaft in Mitschuld des flüchtigen Arton, gegen welchen das Gericht sich die Beschlüsse noch vorbehält.

Berlin. In der Militärkommission des Reichstags erklärte heute der Centrumsabgeordnete Dr. Lieber Namens seiner Partei, daß er für keinen der Kompromißanträge stimmen könne und sich die Formulirung seiner Forderung vorbehalten müsse. — Der konservative Abgeordnete Frhr. v. Hammerstein stellte als Prinzipien folgende Sätze auf: Je länger die Dienstzeit, desto billiger die Armee. Die Verstärkung der Armee sei am besten und billigsten durch Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit zu erreichen. Auch volkswirthschaftlich sei es richtiger, weniger Leute drei Jahre, als mehr Leute zwei Jahre dienen zu lassen; ungleiche Dienstzeit der Infanterie und Kavallerie sei ungerecht und erbittere. — Abg. Frhr. v. Friesen: Die Kunde von der bevorstehenden Einführung der zweijährigen Dienstzeit habe unter den Offizieren in Deutschland zuerst große Besorgniß wegen der genügenden Ausbildung für den Krieg erregt; diese Besorgniß habe aber allgemeiner Zustimmung Platz gemacht, nachdem die verlangten Kompensationen bekannt geworden waren. Redner sucht durch seine persönlichen Erfahrungen im Felde mit alten und jungen Mannschaften die Zuständigkeit einer neuen Dienstzeit besonders für die Kavallerie nachzuweisen, er sei schon lange gegen die Einrichtung des Loosens gewesen, jeder Waffenfähige müsse dienen. Nur den großen An-

Pfund's sterilisirte Kindermilch. Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41 42